

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Wolfgang Clement, Sprecher des SPD-Vorstandes, setzt sich mit der politischen Abstänzen von CDU/CSU auseinander: Opposition bequem.

Seite 1

Heinz Galinski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, erinnert an den Aufstand im Warschauer Ghetto vor 38 Jahren: Aktuelle Forderungen.

Seite 3

### Dokumentation

Hans-Ulrich Klose zur Eröffnung der Veranstaltungsreihe "Zurück in die Zukunft": Der Staat gerät in Gefahr, wenn die Politik sich dem Geist verschließt.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 79

27. April 1981

### Opposition bequem

Die politische Abstänzen von CDU/CSU ist kein Koalitionsproblem

Von Wolfgang Clement  
Sprecher des SPD-Vorstandes

Man müsse nur Druck ausüben, dann sei die Bonner sozial-liberale Koalition schon bald zu knacken, wird Kurt Biedenkopf von einem Auftritt in Berlin zitiert. Der fixe Professor ist bekanntlich schnell mit der Zunge und rasch mit Ratschlägen für andere bei der Hand. Allerdings haben viele seiner Parteifreunde schon ihre eigenen Erfahrungen mit dem Tempo des derzeitigen Düsseldorfer Oppositionsführers gemacht - und sie sind aus eben dieser Erfahrung skeptisch.

Nicht ohne Grund hat Walter Leisler Kiep sofort nach Biedenkopf versucht, die Notbremse zu ziehen, indem er vor der "trügerischen Hoffnung" warnte, daß "hinter der nächsten Straßenecke" schon die Regierungsverantwortung in Bonn auf die CDU/CSU warte. Man tue vielmehr gut daran, die Rolle der Opposition ernst zu nehmen.

Das aber ist es, was der Union zusehends schwerfällt. Sie verrät eine zunehmende Irritation, mit der ihr von Helmut Kohl verordneten Rolle der Geschlossenheit um jeden Preis, auch um den der inhaltlichen Sprachlosigkeit zu leben. Biedenkopf verlangt im Verein mit der Jungen Union seines Landes und anderen Taten, die Kohl nicht leisten kann. Strauß wartet ab, das Sonthofener Rezept immer griffbereit.

Wie dünnbeinig und haltlos die Argumentationslinie der Union und ihre Vorwürfe gegen andere sind, erweist sich soeben wieder an, zugegeben, äußerst sensiblen und komplexen Thema unserer Beziehungen zu Saudi-Arabien: Strauß, Zimmermann und Wörner plädieren offen für Waffenlieferungen an die Saudis, Geißler und Blüm sind dagegen. (Biedenkopf



gelegentlich auch), Kohl will alles "sorgfältig und wohlwollend" prüfen und Weiskirch bedauert in schöner Scheinheiligkeit, daß sich der Kanzler nicht vor Antritt seiner Reise nach Riad festgelegt habe - welchen Sinn machte dann diese Reise eigentlich noch? - während er, Weiskirch, selbst eine klare Aussage zur Sache verweigert. Das ist: Opposition bequem. Denn alle hier Genannten werden ja bekanntlich nicht müde, der Regierungskoalition Tag für Tag in allen möglichen und unmöglichen Fällen Führungsschwäche oder Schlimmeres anzulasten.

Nein, diese parlamentarische Opposition ist in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht das Problem der Koalition. Zur Druckausübung ist sie mangels gemeinsam getragener, sachlicher Alternativen nicht in der Lage. In wesentlichen politischen Fragen - wie in der Mitbestimmung - ist sie einigungsunfähig. In anderen - siehe die NATO-Nachrüstung - verhält sie sich, als gehe sie eine breite gesellschaftliche Diskussion um Frieden, Entspannung und Abrüstung nur ganz am Rande etwas an.

Die Herausforderung für SPD und FDP ist anderer Natur. Sie ergibt sich vor allem aus den schwierigen internationalen Rahmenbedingungen - entspannungspolitisch, speziell anhand der Raketenrüstung in Europa, sowie weltwirtschaftlich. Die Koalition kann damit nur gemeinsam fertig werden. Sie läßt dazu auch, wie sich erst jetzt wieder aus vielen übereinstimmenden Erklärungen ablesen läßt, entschlossen.

Von CDU/CSU hat sie dabei vorderhand nicht allzuviel zu erwarten und zu befürchten, weder nennenswerte Entscheidungshilfe, wenn es darauf ankommt (siehe Saudi-Arabien), noch sachliche Konkurrenz. Damit läßt sich leben, die notwendige Selbstdisziplin und Entschlossenheit zu gemeinsamem Tun vorausgesetzt, denn die weitgehende politische Abstinenz der parlamentarischen Opposition heißt ja nicht, wie jedermann tagtäglich am eigenen Leibe erfährt, daß die politische Auseinandersetzung im Lande am Ende wäre.

(-/27.4.1981/ks/ca)

+ + +



## Aktuelle Forderungen

Anlässlich des Gedenkens an den Aufstand im Warschauer Ghetto vor 38 Jahren

Von Heinz Galinski

Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Überall in der Welt gedenken in diesen Tagen die Menschen aus unserer Gemeinschaft des Aufstandes im Warschauer Ghetto vor 38 Jahren. Er ist in die Geschichte als Ereignis eingegangen, das für die Tragödie des osteuropäischen Judentums symbolischen Charakter trägt.

Die Erinnerung an jenes Aufbegehren jüdischer Menschen im Jahre 1943, die Erinnerung an ein Geschehen, das man mit Recht als Massada des 20. Jahrhunderts bezeichnet hat, ist in diesem Jahr besonders lebendig.

Erst kurze Zeit ist vergangen, seit die Woche der Brüderlichkeit stattfand. Sie war in diesem Jahr der Kultur und der Geschichte des osteuropäischen Judentums gewidmet.

Aus dieser Geschichte läßt sich zu einem bedeutenden Teil erklären, warum es in einer osteuropäischen Hauptstadt, in Warschau, und nicht an einem anderen Ort dieses Kontinents zur bewaffneten Erhebung gegen ein Regime der Verfolgung und des Völkermordes gekommen ist.

Dies lag einmal daran, daß die jüdischen Menschen in Osteuropa zum Unterschied von denen in anderen Teilen dieses Kontinents stärker auf Situationen extremer Bedrängnis vorbereitet waren. Hinzu kam, daß ihre Bindung an den jüdischen Glauben, ja man kann sagen, ihre Hingabe an den jüdischen Glauben, durch keinerlei assimilatorischen Tendenzen verwässert war. Als Drittes bleibt zu konstatieren, daß die jüdischen Menschen Osteuropas auch von einem spezifischen politischen Bewußtsein erfüllt waren. Entweder beruhte dies auf der sozialistischen Ideologie des Bundes jüdischer Arbeiter in Polen oder auf zionistischen Überzeugungen. Alles zusammen begründete die Entschlossenheit der Insassen des Warschauer Ghettos, sich von ihren Verfolgern die Würde des Martyriums nicht nehmen zu lassen und kämpfend in den sicheren Tod zu gehen.

Nach herkömmlichen Maßstäben war die Lage der Kämpfer im Warschauer Ghetto von Anfang an aussichtslos; denn sie bot keine Chance der Rettung. Dennoch war der im Warschauer Ghetto geleistete Widerstand nicht sinnlos.

Mit ihrem Aufstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft gaben die Kämpfer im Warschauer Ghetto den unterdrückten Völkern Europas ein Beispiel dafür, daß Menschen für das, was ihr Wesen und ihre Würde ausmacht, unter allen Umständen einzustehen haben.

Über dies hinaus stellte die Erhebung im Warschauer Ghetto einen Appell an das Weltgewissen und zugleich eine Anklage dar.

Sie war eine Anklage gegen die furchtbarste Gewaltherrschaft der Geschichte aber auch gegen die Gleichgültigkeit, der das tragische Schicksal der europäischen Judenheit weithin begegnete.

An all das denken wir, wenn wir uns Jahr für Jahr des Aufstandes im Warschauer Ghetto erinnern. Solches Gedenken ist mehr als eine Bekundung unserer Trauer um die Opfer des nationalsozialistischen Völkermordes. Es dient auch der Besinnung auf unsere Geschichte und auf die sittlichen Werte, auf deren Grundlage allein ein zivilisiertes und gedeihliches Zusammenleben von Menschen und Völkern möglich ist.

Blicken wir um uns, dann kann uns nicht verborgen bleiben, wie sehr diese Werte auch heute bedroht sind.

Die Welt, in der wir leben, ist friedlos. Sie ist gewiß um einiges besser als in den dreißiger und vierziger Jahren, aber sie ist bei weitem nicht so, wie die Menschen sie sich gewünscht hätten, die dem Terror der Nationalsozialisten zum Opfer fielen.



Täglich bietet die Welt von heute Beispiele dafür, daß es nur wenigen gelingt, aus der Geschichte zu lernen, sogar aus selbst erlebter Geschichte.

Wohl jeder wird verstehen, daß wir in erster Linie Israel und den Nahen Osten im Auge haben, wenn wir an weltpolitische Entwicklungen denken, das Land, das so manchen Überlebenden des nationalsozialistischen Inferno, darunter den wenigen Warschauer Ghetto-Kämpfern, die sich wider eigenes Erwarten retten konnten, zur Heimat geworden ist.

In diesem Zusammenhang an Israel denken, heißt auch erkennen, daß viele Todesopfer nationalsozialistischer Tyrannei hätten gerettet werden können, hätte es schon in den dreißiger Jahren den jüdischen Staat gegeben. Das erklärt zu einem wesentlichen Teil unsere engen Bindungen an Israel.

Noch immer befindet sich der jüdische Staat, der in zehn Tagen den 33. Jahrestag seiner Wiederbegründung begeht, in einer Situation, die man nicht als normal bezeichnen kann.

Wohl hat sich der am 26. März 1979 unterzeichnete israelisch-ägyptische Friedensvertrag bewährt, doch sind ihm bisher keine gleichartigen Abkommen mit anderen arabischen Staaten gefolgt. Leider sind auf arabischer Seite bisher auch keinerlei Initiativen in solcher Richtung erkennbar.

Darin allerdings erschöpft sich das Besondere der Situation Israels nicht. Diese Besonderheit kommt auch darin zum Ausdruck, daß Israel selbst von sogenannten Freunden aufgefordert wird, Positionen preiszugeben, ohne daß vorher eine Friedensregelung erfolgt ist und die PLO, eine terroristische Organisation, die sich die Auslöschung des jüdischen Staates zum Ziel gesetzt hat, als Verhandlungspartner zu akzeptieren.

Die Geschichte kennt kein weiteres Beispiel für derartige Ansinnen an irgend einem Staat. Solche Ansinnen an die Adresse Israels zu richten, kommt einer Diskriminierung gleich; denn es läuft darauf hinaus, Juden weniger zuzubilligen aber mehr zuzumuten als anderen.

Enttäuschung erfüllt uns angesichts der Haltung der Europäischen Gemeinschaft zu Israel. Diese Gemeinschaft, die außerstande ist, sich über eigene Probleme zu einigen, hat sich wiederholt angemaßt, unerbetene und realitätsferne Ratschläge zur Lösung des Nahost-Konflikts zu erteilen. Sie hat sich offiziell in Angelegenheiten eingemischt, die Israels Hauptstadt Jerusalem betreffen, und sie hat dies in einer Weise getan, die - gemessen an dem Bemühen um eine Friedenslösung im Nahen Osten - ausgesprochen destruktiv ist.

Daß sich auch die Bundesrepublik Deutschland der Sog eines solchen Engagements zuungunsten Israels nicht völlig zu entziehen vermochte, befremdet uns.

Bei allem Verständnis für wirtschaftliche und andere Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Nahen Osten kann die jüdische Gemeinschaft hierzulande unter keinen Umständen hinnehmen, daß bei der Gestaltung der deutschen Nahost-Politik die moralischen Implikationen des deutsch-israelischen Verhältnisses hintangestellt oder gar übersehen werden.

Die Tendenz, diese moralischen Faktoren nicht mehr gebührend zu berücksichtigen, ist in jüngster Zeit insbesondere im Zusammenhang mit der Möglichkeit deutscher Waffenlieferungen an Saudi-Arabien in Erscheinung getreten.

Gerade in Verbindung mit der Erinnerung an den Untergang des Warschauer Ghettos, mit der Erinnerung an einen Kampf, in dem deutsche Waffen gegen jüdische Menschen eingesetzt wurden, ist der bloße Gedanke deutscher Waffenlieferungen an einen Staat, der das Lebensrecht Israels nicht anerkennt und eine Terrororganisation mit Geld und Waffen unterstützt, eine ungeheuerliche Vorstellung. Denn nie wieder darf eine Lage entstehen, in der deutsche Waffen gegen jüdische Menschen zum Einsatz kommen.

Dies bringen wir gerade am heutigen Tage, da der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu seinem Besuch in Saudi-Arabien eingetroffen ist, mit aller Deutlichkeit und mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck. An diesem Tage, da wir der Märtyrer des Warschauer Ghettos gedenken, richten wir von dieser historischen Stätte aus, von einer Stätte jüdischer Gläubigkeit, jüdischen Leids und jüdischer Zuversicht, an die Bundesregierung den Appell, den Versuchungen zu widerstehen, denen zu erliegen einer Absage an



die internationale Moral gleichkäme. Dieser dringende Appell geht von Berlin aus, von der Stadt, von der aus einst der Mord an Millionen jüdischer Menschen ins Werk gesetzt wurde, und er geht von Menschen aus, die das nationalsozialistische Inferno nur durch einen Zufall überlebt haben.

Wenn der deutsche Bundeskanzler kürzlich erklärte, die Bundesregierung werde sich bei ihren Entscheidungen von anderer Seite nicht beeinflussen lassen, dann beziehen wir dies nicht auf uns. Wir sind Bürger dieses Landes, die entschlossen sind, ihre Rechte wahrzunehmen und ihre Pflichten zu erfüllen. Wir haben abgesehen davon als Überlebende des Holocaust ein Mandat der Geschichte, das uns niemand nehmen kann und das wir uns von niemand streitig machen lassen.

Dieses Mandat verpflichtet uns dazu, unsere Stimme auch zu erheben, wenn die moralischen Faktoren des deutsch-israelischen Verhältnisses in der Gestaltung der Nahost-Politik zu kurz kommen. Wir müssen uns deswegen gegen eine weitere kürzliche Äußerung des Bundeskanzlers wenden. Er sagte: "Alle Deutschen sind sich der Verbrechen sehr bewußt, die in der Nazizeit von Deutschen an Juden verschiedenster Nationalität begangen worden sind, auch an deutschen Juden. Unsere Beziehungen zum Staat Israel werden bestimmt von den gemeinsamen Interessen der Europäischen Gemeinschaft und von unseren eigenen Interessen. Es handelt sich um normale Beziehungen." Soweit das Zitat.

Wie sehr bewußt sich alle Deutschen der NS-Verbrechen am jüdischen Volk tatsächlich sind, ist eine Frage, die ich offen lassen möchte. Keine Rede kann allerdings davon sein, daß die deutsch-israelischen Beziehungen so normal sein können wie Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu manchen anderen Staaten. Das deutsch-israelische Verhältnis ist eben wegen der nationalsozialistischen Verbrechen am jüdischen Volk ein Verhältnis besonderer Art, und deshalb kann für die Bundesrepublik nicht unbedingt das gelten, was auf andere Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zutreffen mag. Wir erklären hier mit allem Nachdruck, daß dort, wo es um Probleme des Nahen Ostens geht, für die deutsche Politik die moralischen Faktoren des deutsch-israelischen Verhältnisses den Vorrang vor allen anderen Erwägungen haben müssen.

Heute bekennen sich an dieser Stelle junge jüdische Menschen zum Vermächtnis unserer sechs Millionen Märtyrer. Diese jüdische Jugend, die nach 1945 in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, findet es unbegreiflich, daß es überhaupt eine Diskussion über deutsche Waffenlieferungen an ein Land geben kann, das einem sogenannten "Heiligen Krieg" gegen den Staat das Wort redet, der Zuflucht und Heimstatt der Verfolgten von einst geworden ist. Deshalb bekunden sie hier ihren Protest gegen Vorhaben, die sie mit Recht für ungeheuerlich halten.

Dies sind nicht die einzigen Sorgen, die uns heute bewegen. Manches, was die innere Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und die innere Situation im freien Teil Berlins betrifft, beunruhigt uns.

Wir verkennen nicht, daß es außerordentlich schwierig ist, Berlins aktuelle Probleme zu lösen, Probleme, von denen wir uns unmittelbar betroffen fühlen, weil wir in Berlin leben, weil wir zu Berlin gehören und weil politische und gesellschaftliche Entwicklungen um uns keinen Bogen machen.

Diese Probleme sind komplizierter und vielschichtiger, als manche vermuten. Um ihrer Herr zu werden, wird es der Entschlossenheit ebenso bedürfen wie der Besonnenheit und vor allem der Solidarität der Demokraten.

Wenn es an ihr fehlen, wenn der demokratische Staat und wenn die politischen Kräfte, die ihn tragen, versagen sollten, dann würde eine Lage eintreten, aus der allein extremistischen Kräfte Nutzen ziehen würden.

Vor dem Rechtsextremismus, vor jeder Manifestation des Ungeistes einer schrecklichen Vergangenheit, klar und vernehmlich zu warnen, sehen und sehen wir, die wir lediglich durch einen Zufall das nationalsozialistische Inferno überlebt haben, als unsere Pflicht gegenüber den Millionen Opfern des nationalsozialistischen Völkermordes an, als Pflicht auch gegenüber den Märtyrern des Warschauer Ghettos. Wir betrachten es auch als eine Verpflichtung gegenüber der jungen jüdischen wie nichtjüdischen Generation.



Allzu lange und allzu oft sind diese unsere Warnungen als Ausdruck einer angeblichen ver folgungsbedingten Überempfindlichkeit abgetan und nicht ernst genommen worden. Die inne- ren Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland indessen und auch in anderen Staaten haben uns leider recht gegeben.

Jüngste Erklärungen von Bundesinnenminister Baum, denen noch entsprechende Taten folgen müssen, räumen ein, daß bisher der Rechtsextremismus unterschätzt worden ist. Mit einer Deutlichkeit, die es bisher von antlicher Seite nicht gegeben hat, wies der Bundesinnen- minister auf den zunehmenden Fanatismus der Neonazis und ihre wachsende Neigung zu ter- roristischer Gewalttätigkeit hin.

Diese Merkmale sind ebenso alarmierend wie die Anfälligkeit mancher Jugendlicher für neonazistische Demagogie. Leider setzen sich damit weder die Träger politischer Verant- wortung noch Institutionen wie Gewerkschaften und Kirchen in ausreichender und angemessener Weise auseinander.

All diese Fakten verlangen, daß der Schutz unserer demokratischen Ordnung vor akuten und latenten Gefährdungen durch den Rechtsextremismus verstärkt und verbessert wird. Der Ge- setzgeber muß endlich dafür sorgen, daß die unkommentierte Verbreitung nationalsoziali- stischer Äußerungen aus der Zeit vor 1945 und die Einfuhr neonazistischen Propaganda- materials aus dem Ausland strafrechtlich geahndet wird. Ebenso unumgänglich ist es, das öffentliche Bestreiten des nationalsozialistischen Völkermordes an Millionen jüdischer Menschen - eine Praxis, der innerhalb der zeitgenössischen neonazistischen Propaganda eine erhebliche Bedeutung zukommt - zum Officialdelikt zu erklären.

Wer sich mit dem Rechtsextremismus hierzulande auseinandersetzt, kommt nicht daran vor- bei, daß Neonazis in Deutschland es wesentlich schwerer hätten, politisch zu wirken, wenn in anderen demokratischen Staaten solche Aktivitäten auf die rechtlichen Hinder- nisse stoßen würden, die - ungeachtet ihrer Unzulänglichkeiten - in der Bundesrepublik Deutschland immerhin bestehen. Unser Ziel bleibt es, auch hier einen Wandel zu schaf- fen, der neonazistischer, rechtsextremistischer Tätigkeit einen Riegel vorschiebt. Hier- zu brauchen wir die entschlossene, solidarische Unterstützung der jüdischen Gemein- schaften in den übrigen freien Ländern und auch die Unterstützung anderer Demokraten. Ein Gedenktag wie der heutige mit allem, was er lehrt, ist ein Anlaß zu einem eindring- lichen Appell in diesem Sinne und in solcher Richtung.

Mit unserem entschiedenen Auftreten gegen den Rechtsextremismus wollen wir zur Festigung der Demokratie beitragen. Allein dort, wo die tragenden Prinzipien einer freiheitli- chen Ordnung, wie sei beispielsweise im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verankert sind, menschliches Leben und Zusammenleben bestimmen, kann es für eine jüdi- sche Gemeinschaft eine echte Entfaltung und eine verheißungsvolle Zukunftsperspektive geben. Auch diese Einsicht ist das Ergebnis der tragischen Erfahrungen, zu denen das Martyrium der Warschauer Ghettokämpfer gehört.

Aus ihr folgt, daß wir uns auch der Gefahren bewußt sind, die der Demokratie von links- extremistischer Seite drohen. Wir sind dies um so mehr, als sich die Linksextremisten jeglicher Schattierung zu Wegbereitern antijüdischer Vorurteile gemacht haben. Mit ihrer verleumderischen, sogenannten "antizionistischen" Hetzpropaganda, mit der sie dem Staat Israel das Recht auf Existenz und Selbstbehauptung bestreiten, diskriminieren sie die jüdische Gemeinschaft; denn sie versuchen, ihr zu verweigern, was sie anderen Ge- meinschaften unbesehen zubilligen, nämlich die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung in einem eigenen Staat.

Abgesehen davon trägt die antisraelische Propaganda der Linksextremisten zur Konser- vierung jener alten antijüdischen Vorurteile bei, die auf der extremen Rechten ange- siedelt sind.

Diesen Gedanken Ausdruck zu geben, ist gerade im Zusammenhang mit dem Gedenken an den Aufstand im Warschauer Ghetto angemessen und notwendig. (-/27.4.1981/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Der Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose hat zur Eröffnung der Veranstaltungsreihe der Freien Akademie der Künste "Zurück in die Zukunft" folgendes Referat gehalten.

Der Staat gerät in Gefahr, wenn die Politik sich dem Geist verschließt

Die Veranstaltungsreihe "Zurück in die Zukunft" will zwei Ziele zugleich erreichen. Sie ist

- der Versuch, das Gespräch der Freien Akademie der Künste in die Öffentlichkeit zu projizieren,
- und sie will Anstoß sein zu kritischer Besinnung auf Wurzeln der Moderne, auf Ansätze, Umbrüche und Widersprüche, wie sie in der Kunst von 1900 bis 1914 zu Tage getreten sind und bis heute fortwirken.

Dieses Konzept ist in doppelter Weise offen:

- Die Akademie sucht das Gespräch mit der Öffentlichkeit; sie will heraus aus der selbst so empfundenen - Isolierung; sie will sich öffnen.
- Aber auch die Thematik - Kunst und Gesellschaft von 1900 bis 1914 - wird als etwas Offenes, nicht Beendetes aufgefaßt. Das Unbehagen, das sich damals in der Kunst artikuliert, wirkt fort, bricht neu auf, ist aktuell vorhanden.

Nehmen Sie ein Beispiel: Paul Gauguin wendet sich auf der Suche nach dem Wahren, Ursprünglichen und Einfachen und aus Protest gegen Technisierung, Anonymität und Materialismus von Europa ab. Vielleicht hätte man ihn denn "Aussteiger" genannt, wenn es das Wort damals schon gegeben hätte. Heute gibt es das Wort. Und es gibt die Aussteiger: Die nostalgisch-romantischen und die radikalen.

"Zurück in die Zukunft" - das ist weder nostalgisch noch "kulinärisch" (Bert Brecht) gemeint. Wir haben keinen Grund, uns in eine Epoche zurückzusehen, in der Wilhelm II. verkündete: "Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen" und an deren Ende der Erste Weltkrieg ausbrach. Wir haben aber auch keine Veranlassung, jenen Zeitabschnitt als etwas Abgetanes zu betrachten, der uns nichts mehr oder nur noch ästhetisch etwas angeht. Der Blick auf die Vergangenheit soll unsere Erkenntnisfähigkeit für die Gegenwart schärfen. Und die Gegenwart ist zur Zukunft offen.

Eine solche Betrachtung bedeutet Chance und Risiko zugleich. Wir dürfen von den Künsten keine Anleitung zur Glückseligkeit erwarten; wohl aber können sie uns sensibler, hellhöriger machen für Gefahren, denen wir ausgesetzt sind, denen wir uns aussetzen. Kunst will Risse und Brüche nicht verkleistern, sondern sichtbar machen. Wir brauchen die Kunst als "Pfahl im Fleische", als "Stachel im Geiste", als ungestillte Frage. So wie Brecht es im Epilog zu "Der gute Mensch von Sezuan" gesagt hat:

"Verehrtes Publikum jetzt kein Verdruß: Wir wissen wohl, das ist kein rechter Schluß. Vorschwebte uns: die goldene Legende. Unter der Hand nahm sie ein bitteres Ende. Wir stehen selbst enttäuscht und seh'n betroffen. Den Vorhang zu und alle Fragen offen."

Warum wird diese Veranstaltungsreihe im Rathaus eröffnet? Auf diese Frage gibt es drei Antworten. Die Eröffnung findet hier statt:

- Erstens, weil das Rathaus zum Thema gehört. Man mag über seinen Kunstwert streiten, aber es ist Ausdruck jener Zeit, um die es insgesamt geht.



- Zweitens, weil es der Wunsch der Veranstalter war. Ich habe diesem Wunsch gern entsprochen; denn dieses Haus soll
- drittens offen sein für alle Bürger, eine Stätte der Begegnung und des Gespräches.

Unter offen verstehe ich mehr als offene Türen, nämlich offene Ohren, die Bereitschaft zuzuhören. Konkreter gesprochen und auf den heutigen Anlaß bezogen, heißt das: Die Bereitschaft des Politikers, sich der Kritik der Kunst, des Geistes zu stellen, die hinter die Fassade scheinbar festgefügtter Realitäten greift, die in Frage stellt, die auf neue Einsichten zielt.

Ich möchte zwei Sätze wiederholen, die ich vor knapp einem Jahr in einem Interview gesagt habe: "Wir haben einen Nachholbedarf sowohl an Liberalität als auch an der richtigen Einschätzung des Stellenwertes von Kultur. Beide sind nicht ...Accessoires..., beide sind für das Klima, das in einer Stadt herrscht, von außerordentlicher Bedeutung."

Kunst und Staat, Geist und Politik - sie sollten einander ergänzen. Man braucht dabei nicht von dem hohen Anspruch Platons auszugehen, daß die Philosophen Könige werden oder die Könige wahrhaft und gründlich philosophieren sollen, daß Staatsgewalt und Philosophie zusammenfallen müssen - ("Der Staat", 5. Buch). Das klingt nur gut. Dagegen ist aber aus heutiger Sicht und aus unseren geschichtlichen Erfahrungen einzuwenden, daß Staatsgewalt und Philosophie eben nicht zusammenfallen dürfen. Für staatliche, staatlich verordnete "Philosophie" gab und gibt es abschreckende Beispiele genug. Carlo Schmid hat in einer Bundestagsrede am 1. Dezember 1965 gesagt: "Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, die Ordnungen und Werte, in denen eine Nation sich integriert, selber zu produzieren; der Staat trifft sie an." Der Bundeskanzler sagte heute Ähnliches.

Wenn ich von wechselseitiger Ergänzung von Geist und Politik spreche, dann nicht im Sinne von Identität oder Harmonie, sondern im Sinne eines Spannungsverhältnisses. Spannungen können fruchtbar sein; Reibung kann Funken erzeugen, die überspringen. Ich sage "kann", weil ich mir des potentiellen Charakters dieser Aussage wohl bewußt bin. Wenn die Sache auf den Punkt kommt, sieht es häufig anders aus.

Der Geist und seine Anwälte - Künstler und Intellektuelle - neigen dazu, sich mit dem, was ist, nicht zufrieden zu geben. Sie stellen in Frage; sie kritisieren, zur Sache und zur Person. Und da gab es und gibt es immer Leute, Politiker zum Beispiel, die das nicht mögen.

Thomas Mann hat zum 200. Geburtstag Gotthold Ephraim Lessings in einer Rede vor der Preußischen Akademie der Künste gesagt: "Ein Dichter, wie er sein soll, das ist... ein Wesen, das nichts sieht, nichts merkt, von nichts etwas ahnt... Sieht und merkt er etwas, läßt er sich in Harnisch jagen durch Heuchelei, Rechtsbruch und Volksverdummung, durch die betrügerische Vermengung etwa von Industrie und Heldenlied, so ist er kein Dichter, sondern bloß ein Schriftsteller, und zwar ein unvaterländischer." Thomas Mann beschreibt übrigens im Jahre 1929 einen Tatbestand, der sich bis heute nicht verändert hat, wie Reaktionen von durch Kritik betroffenen Politikern immer wieder beweisen. Carlo Schmid sagt dazu in der schon erwähnten Bundestagsrede:

"Wir haben uns offenbar noch nicht von einem schlimmen Hochmut trennen können..., im Kritiker nichts anderes sehen zu wollen als Dummheit und Unanständigkeit." Diese Rede wurde 1965 gehalten. Sie könnte / müßte auch heute so gehalten werden.

Der Vollständigkeit und der Wahrheit halber muß jedoch angemerkt werden, daß auch der geistige Pol zeitweise ausgefallen ist. Das scheint mir ein spezifisch deutsches Phänomen zu sein und hat mit dem noch immer gefährdeten und prekären Verhältnis von Geist und Politik in unserem Land zu tun.

Auch dafür gibt es einen Zeugen, dessen Aussage generell wie individuell aufschlußreich ist. Noch einmal Thomas Mann: In einer Rede aus dem Jahre 1929 zum Gedächtnis des ein Jahr zuvor ermordeten Walther Rathenau wies er darauf hin, daß der deutsche Bürger (ich zitiere) "seinen Bildungs-, Kultur- und Humanitätsbegriff zu früh geschlossen hat, als er das politische Element, den Gedanken der Freiheit, den republikanischen Gedanken davon ausschloß."



So hatte Thomas Mann nicht immer gedacht. Er selbst hat jenem elitären Bildungsgedanken, der die Politik verächtlich aussperrte, zunächst selbst angehangen. Seine frühere Haltung, die er unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg dann gründlich revidierte, beschreibt er in "Kultur und Politik" (1939) als (ich zitiere) "die einer politikfremden deutschbürgerlichen Geistigkeit... eines Kulturbegriffs, zu dessen Gestaltung Musik, Metaphysik, Psychologie, eine pessimistische Ethik, ein individualistischer Bildungsidealismus sich vereinigt hatten, der aber das politische Element geringschätzig ausschied." Er fügt hinzu, es sei "ein Irrtum deutscher Bürgerlichkeit gewesen... zu glauben, man könne ein unpolitischer Kulturmensch sein"; die Kultur gerate "in schwerste Gefahr..., wenn es ihr am politischen Instinkt und Willen" mangle.

Die Kultur gerät in Gefahr, wenn der Geist sich von der Politik abwendet. Dieses Fazit des Künstlers bedarf der Ergänzung durch den Politiker. Der Staat gerät in Gefahr, wenn die Politik sich gegenüber dem Geist verschließt.

So wie die Dinge heute liegen, hält man sich an die Realitäten. Politik ist eine Verwirklichung von Sachzwängen geworden. Und sie - die Politik - und wir alle leiden darunter.

Das war nicht immer so. Vor zehn Jahren etwa, waren wir uns einig, daß die Politik die konkrete Utopie als Wertmaßstab und Kompaß für realitätsbezogenes Handeln braucht. Politik bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Utopie und Sachzwang, zwischen Ideal und Tagesforderung. Der Geist ist unbedingt und im wörtlichen Sinn radikal, er geht an die Wurzeln. Politik dagegen hat es mit Bedingtheiten und Kompromissen zu tun. Politik bleibt damit notgedrungen hinter ihren eigenen Zielen zurück. Sie ist stets in der Gefahr, im Tagesgeschäft Ausgangspunkt und Ziel aus den Augen zu verlieren. Aber sie braucht dieses Ziel, den Leuchtpunkt, die Vision. Und deshalb braucht sie den Geist, der auf das Ziel hin denkt und der die Widersprüche deutlich macht. Der Intellektuelle hat nicht nur das Recht, er hat sogar die Pflicht, dem Politiker ins Gewissen zu reden. Zu einem demokratischen Politiker gehört, daß er sich die Fähigkeit erhält, ein schlechtes Gewissen zu haben.

Der Geist ist unbequem, weil er die Erfolge der Politik hinterfragt. Er konfrontiert die Wirklichkeit mit ethischen und ästhetischen Forderungen; er entlarvt falsche Worte und sucht nach neuen.

Natürlich kann auch der Intellektuelle sich irren. Aber steht auch er in der Diskussion, muß auch er sich der Kritik stellen. Das ändert jedoch nichts an seiner prinzipiellen Aufgabe. Kritik als im Grundsatz konstruktiv ansehen so schwer das im Einzelfall sein mag - das ist das Gebot der Toleranz. Auf solcher Toleranz gründet sich eine nicht nur formal verstandene Demokratie.

Politik, die diesen Namen verdient, will gestalten. Gestalten - das ist ein geistiger Prozeß, der - weil er geistig ist - die Kritik, die Frage, den Zweifel, die Offenheit für neue Erkenntnisse einschließt. Wie gut also, daß die Akademie - die Freie Akademie der Künste in Hamburg - sich öffnet! Wie gut, ja dringlich, daß sich das Rathaus öffnet für die Akademie!  
(-/27.4.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

